

27.9.03

Fünfter Bundeskongress Soziale Arbeit mit Abschlusserklärung beendet

An dem inzwischen zu Ende gegangenen Fünften Bundeskongress Soziale Arbeit nahmen insgesamt knapp 1.200 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit teil.

Auf der Abschlussveranstaltung betonte der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske die enorme gesellschaftliche Bedeutung professioneller sozialer Dienstleistungen und klagte die Verantwortung des Staates für diesen Bereich ein. Soziale Einschnitte, wie sie gegenwärtig auf allen Ebenen vorgeschlagen und realisiert werden, führen zur weiteren Spaltung der Gesellschaft. Der Soziologe Professor Oskar Negt, Universität Hannover, betonte vor circa 400 TeilnehmerInnen auf der Abschlussveranstaltung in der Mensa der Universität Kassel die Relevanz des Sozialen als Netzwerk des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Eine Gesellschaft, die das Soziale missachtet und ökonomischen Zwängen opfere, gefährdet die Zukunft ihrer Gesellschaftsangehörigen.

Die Soziale Arbeit, so Negt, kommt die Aufgabe zu, hierauf auch in Zeiten zu verweisen, wo eine Abwertung der sozialen Dimensionen des Miteinanders zu beobachten ist.

Die KongressteilnehmerInnen verabschiedeten zum Abschluss ihrer dreitägigen Veranstaltung ein Memorandum mit dem Titel „Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar“.

Der nächste Bundeskongress wird 2005 in Münster stattfinden.

Erklärung zum 5. Bundeskongress Soziale Arbeit

Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar

Die sozialpolitische Neuprogrammierung der Bundesrepublik Deutschland führt zu derart umfassenden Veränderungen, dass das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes in Frage gestellt wird. In diesem Sinne hat sich auch der Bundespräsident öffentlich warnend geäußert.

Zu beobachten ist ein in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik einmalig radikaler Umverteilungskurs zu Lasten derjenigen, die bereits benachteiligt sind. Er bildet die Grundlage für ein neues bundes- und landespolitisches Profil, das ausgrenzt und soziale Ungleichheiten verfestigt.

Ökonomisierung, Rationalisierung und Deregulierung sind die Stichworte der aktuellen Politik. Die programmatische Missachtung des Sozialen, die als Konsolidierungspolitik der öffentlichen Haushalte legitimiert wird, ermöglicht, das neue Gesellschaftsmodell einer neoliberalen Marktwirtschaft durchzusetzen, mit dem die sozialen Risiken privatisiert und die gesellschaftlichen Institutionen des sozialen Ausgleichs auf eine Restgröße reduziert werden. Die Politik befindet sich auf dem Weg, das Soziale und die Soziale Arbeit mit dem Argument zu opfern, sie seien ausgeufert und nicht mehr finanzierbar.

Notwendig ist stattdessen eine sozial gerechte Beschäftigungs-, Finanz- und Steuerpolitik, eine Politik, die integriert und nicht stigmatisiert, die an Teilhabe und der Gestaltung des Sozialen orientiert bleibt.

Strukturell zugenommen haben die individuell zu bewerkstellenden Probleme

und sozialen Risiken. Die Pflege im Alter ist nicht mehr ausschließlich familiär zu organisieren. Sich in eine berufliche Laufbahn zu integrieren, ist nicht mehr nur für von Bildung Ausgeschlossene ein Problem. Die Versorgung von Kindern vor dem Eintritt in eine Kindertageseinrichtung und zwischen Schul- und Familienzeiten kann nicht mehr ausschließlich familiengebunden bewerkstelligt werden. Auch die vielfältigen sozialen und ökonomischen Probleme in den östlichen Bundesländern, die Identitätssuche von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – und insbesondere von jenen mit Migrationshintergrund – sowie die Neuorientierungen in Erziehungsfragen suchen und verlangen nach gesellschaftlich integrierenden Lösungen.

Das Brisante an diesen Problemen und Herausforderungen ist, dass sie nicht mehr auf traditionelle „Randgruppen“ und Milieus beschränkt sind. Ohne soziale Unterstützungs- und Bildungseinrichtungen sind die neuen Aufgaben nicht mehr zu bewerkstelligen. Ohne gesellschaftliche und staatliche Verantwortung auf allen Ebenen – und dazu zählt auch die Finanzierung – können diese Aufgaben von der Sozialen Arbeit nicht wahrgenommen werden.

Eine Gesellschaft ohne das Soziale ist nicht zukunftsfähig, eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar.

Ein funktionierender Sozialstaat kann kein „billiger“ Staat sein. Nur Wohlhabende glauben, sich einen armen Staat leisten zu können.